

ecke

nr. 7 – nov / dez 2017

turmstraße

Seite 3: Mikro-Apartments statt Hansa-Theater Seite 6: Warum wird öffentliches Bauen so teuer?

Seite 7: Der Müll, die Ratten, die Stadt Seite 10/11: Diskussion um die Straßenbahnplanung



Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 4. Dezember. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung im Wert von 20 Euro. Unsere letzte Rätselecke zeigte eine Ansicht des Moabiter Gerichtsgebäudes in der Wilsnacker Straße. Gewonnen hat Krystyna Rumpe. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

»Stadtforum Berlin – Wohnen!«

am 20. November 2017

Das Stadtforum Berlin bietet Interessierten eine Plattform, um über Zukunftsthemen, Projekte und Prozesse der räumlichen Stadtentwicklung zu debattieren. Das nächste Stadtforum Berlin findet am 20. November statt und steht unter dem Motto »Wohnen! Das brauchen wir: 194.000 Wohnungen bis 2030«. Bereits seit dem 1. November haben alle Interessierten die Möglichkeit, sich aktiv auf der Beteiligungsplattform <https://mein.berlin.de> in den Online-Dialog zur Debatte einzubringen. Im Rahmen des Stadtforums werden in vier Themenforen unter anderem die folgenden Fragen diskutiert:

- Was können neue Stadtquartiere für die bestehenden Nachbarschaften leisten?
- Was kann getan werden, um das nachbarschaftliche Miteinander bei baulicher Verdichtung im Bestand zu fördern?
- Welche Impulse sind für Investoren erforderlich, um ausreichenden bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?

– Was ist zu tun, um ausreichend Bauland für den Wohnungsbau zu aktivieren? Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen: »Wir überarbeiten aktuell den Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030, um den Herausforderungen der Zukunft und dem wachsenden Druck auf dem Wohnungsmarkt Rechnung zu tragen. Ich lade alle Berlinerinnen und Berliner daher herzlich ein, sich online über die Beteiligungsplattform <https://mein.berlin.de> zu den Fragen des Stadtforums zu positionieren, um sich so aktiv in den Gestaltungsprozess einzubringen.«

Stadtforum Berlin, 20. November 2017
ab 18 Uhr im »Kühlhaus« in der Luckenwalder Straße 3, U-Bahnhof Gleisdreieck.

Termine

Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a:
Sprechstunde des KoSP (Prozesssteuerer im Aktiven Zentrum Turmstraße):
Di 9.30–12 Uhr, Do 15.30–18 Uhr
Sprechstunde des Geschäftsstraßenmanagements (die raumplaner):
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
Öffentliche Mieterberatung (für Mieter in den Milieuschutzgebieten):
Mo 16–18 Uhr, Do 10–12 Uhr

Plenum der Stadtteilvertretung
Das nächste öffentliche Plenum der STV Turmstraße findet am Montag, dem 27. 11. um 19 Uhr statt, Ort: Stadtteilladen Krefelder Straße 1a. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!
www.stv-turmstrasse.de

Runder Tisch Gentrifizierung
Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr,
Treffpunkt: Kontaktstelle PflegeEngagement, Lübecker Straße 19. Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen!
Mehr unter www.wem-gehoert-moabit.de.

Stadtteilplenum QM Moabit-West
Das Plenum, organisiert vom Moabiter Rat-schlag e.V. und dem QM Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32b. Mehr unter Telefon (030) 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Die nächste »Ecke Turmstraße«
erscheint Mitte Dezember. Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ein Theater geht. »Mikro-Apartments« kommen

Wenn nicht noch ein großes, großes Wunder geschieht, steht demnächst der Abriss des legendären Hansa-Theaters bevor – im 130. Jubiläumsjahr des Gebäudes. Ein Bauantrag des neuen Grundstückseigentümers wurde bereits bei der zuständigen Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirksamts gestellt. An der Stelle der beliebten Berliner Bühne sollen nun – Überraschung! – Mikro-Apartments entstehen.

Das Hansa-Theater in der Straße Alt-Moabit Nr. 48 gehörte zu den legendärsten Bühnen der Stadt. 1888 hatte die Kronenbrauerei das Hofgebäude als Festsaal mit über 1700 Sitz- und Stehplätzen errichtet, der ein Jahr später zum »Stadttheater Moabit« wurde. Um 1913 baute man es zum »Filmpalast Hansa« mit ca. 800 Plätzen um: Kinos schossen damals in Berlin wie Pilze aus dem Boden, das städtische Publikum begeisterte sich für das neue Medium. 1963, als die Fernseher in die Privathaushalte einzogen und damit die Kinoflaute einsetzte, begann für das »Hansa« eine neue Ära: nun wieder als Stadttheater und Bühne für Boulevard- und Komödienaufführungen. Ein Theater blieb es dann auch mit Unterbrechungen bis zu seiner endgültigen Schließung im Jahr 2009 und einem gescheiterten Wiederbelebungsversuch 2011. Das Hansa-Theater war äußerst beliebt und glänzte mit Stars: Axel von Ambesser, Eddi Arent, Marlene Dietrich, Heinz Erhardt, Paul Esser, Herbert Fritsch, Brigitte Grothum, Maria Mallé, Boleslaw Barlog, Harald Juhnke, Brigitte Mira, Ilja Richter und Angelika Milster spielten und inszenierten hier. Es war ein Volkstheater im schönsten Sinn. Das Publikum liebte aber nicht nur die Stars, sondern auch den Theatersaal mit Guckkastenbühne, Rang und den roten Plüschsesseln. Weniger anhänglich war wohl der frühere Bezirk Tiergarten (heute Teil des Bezirks Mitte) – sowohl der Altbezirk als auch der neue Großbezirk hielten es offenbar nicht für nötig, das Theater unter Denkmalschutz stellen zu lassen. So kam es, dass nach den letzten Wiederbelebungsversuchen als Theater um 2011 das Interieur gefledert wurde und nun das gesamte Gebäude dem Abriss preisgegeben ist. Die neuen Eigentümer, die 2011 die Mietshäuser Alt-Moabit 47–49 erwarben und damit auch den alten Theatersaal im Hinterhof, wollen an dieser Stelle ein Gebäude mit 112 Apartments errichten. Die meisten davon sind zwischen 25 und 35 Quadratmetern groß, nur wenige etwas großzügiger geplant. »Mikro-Apartments« sind derzeit der große Bautrend in Berlin, lässt sich doch – angesichts der großen Wohnungsnot und anhaltend niedriger Zinsen – mit wenig Aufwand eine großartige Rendite erzielen. Schon Studenten zahlen für möblierte Mini-Quartiere um die 20 Quadratmeter mehr als 600 Euro, wenn sie oder ihre Eltern es sich leisten können, weil es kaum noch Alternativen gibt. Zudem gibt es auch immer mehr Singles, immer mehr Teilzeitberliner, die gern einen Koffer in der Metropole parken, und immer mehr Leute, die ihr Geld in Betongold anlegen. Da wird dann auch nicht mehr nach Wohnqualität gefragt. Die Wohnungen im geplanten Neubau Alt-Moabit 48 sind meist einseitig ausgerichtet. Ein »Missstand« ist zudem die enge Hofsituation. Belichtet und belüftet, wie es eigentlich nach modernen Standards notwendig wäre, wird dort kaum noch. Wohnungsgrößen von 25 bis 35 Quadratmetern bedeuten zudem, dass dies für Familien mit Kindern sowieso nicht in Frage kommt. Es sei denn, man kehrte wieder



zu Wohnverhältnissen zurück, wie sie Heinrich Zille um 1900 zeichnete – aber dafür werden die Mieten der Apartments zu hoch sein. Ob man ein solches Bauvorhaben überhaupt genehmigen kann, wird deshalb unter den Sanierungsbeteiligten diskutiert. Das Grundstück liegt in einem deklarierten Sanierungsgebiet und bedarf daher besonderer Genehmigungsverfahren. Die zuständigen Mitarbeiter der bezirklichen Sanierungsverwaltung prüfen derzeit die Zulässigkeit des Bauvorhabens. Mitarbeiter des gebietsbetreuenden Büros KoSP und der Senatsverwaltung argumentieren, das Sanierungsrecht berechtige durchaus zu einer Ablehnung. Die geplante Dichte sei städtebaulich nicht verträglich. Und das Sanierungsrecht ziele ja genau darauf, »städtebauliche Missstände« zu beseitigen – und nicht darauf, sie wiederherzustellen.

Kommentar

Grundsatzfrage Grundgesetz

Städtebauliche Missstände sind Verhältnisse, wie sie Zille damals zeichnete: enge, dunkle Hinterhöfe, überbelegte Wohnungen ohne Sonnenlicht. Das bundesdeutsche Sanierungsrecht wurde in der Nachkriegszeit geschaffen, um genau solchen Missständen nach den wesentlichen Leitbildern der Moderne abzuhelpfen. Nun scheint alles wieder auf Kaiserzeit-Verhältnisse zurück zu schnurren – nur eben mit WLAN, exorbitanten Mieten und für zahlungskräftige kinderfreie Bewohner. Die Frage ist dann, wozu das Sanierungsrecht überhaupt noch taugt, wenn es nicht einmal mit diesem besonderen städtebaulichen Instrument möglich sein sollte, solche Bauvorhaben zu versagen. Natürlich werden die Eigentümer, wenn ihnen ein Bauvorhaben nicht genehmigt wird, vor Gericht ziehen, es geht ja um viel Geld. Aber es geht eben auch um die Stadt, und deshalb kann das dem Land Berlin nicht egal sein. Letzten Endes aber kommt es auf die Gerichtsurteile an, und damit landet man zwangsläufig beim Grundgesetz, das Eigentum schützt, aber auch sagt: Eigentum verpflichtet. Nur: wozu genau, in Zeiten der Globalisierung?



Neue Refo-Kita eingeweiht

Am 20. Oktober wurde die neue Kita der Reformationsgemeinde in der Wiciefstraße 31 in Moabit feierlich eingeweiht. Auch die zuständige Bezirksstadträtin Dr. Sandra Obermeyer, die Generalsuperintendentin von Berlin, Ulrike Trautwein und der Superintendent von Berlin-Mitte, Dr. Bertold Höcker, sowie etliche Sanierungsbeteiligte waren unter den Anwesenden. Alle Interessierten, Akteure, Eltern, Kinder sowie Bewohnerinnen und Bewohner konnten sich an diesem Tag einen Eindruck von der komplett sanierten Kita und dem Außengelände verschaffen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Träger REFORMATION-Campus e.V. kennenlernen. Die Reformations-Kita ist mit Plätzen für 130 Kinder die größte neue Kita im Bezirk Mitte. Durch die Initiative des Evangelischen Konvents an der Reformationskirche ist der REFO-Campus nun mit Kita, Wohnhaus, Projekthaus und Kirche ein lebendiger Ort im Kiez.

Nächstes TIM-Kiezfrühstück

Das nächste Frühstück der TIM (Turmstraßen-Initiative Moabit) findet am Mittwoch, 29. November morgens um 8.30 Uhr im Stadteilladen, Krefelder Straße 1a statt. Themen sind diesmal u.a. der Jahresrückblick 2017, ein Ausblick auf Aktionen und Themen 2018, der Abschluss der Weihnachtsvorbereitungen sowie der Leerstand von Ladengeschäften im Gebiet. TIM ist ein Netzwerk von Gewerbetreibenden und Initiativen, das sich regelmäßig trifft, um gemeinsame Aktionen und Aktivitäten für den Kiez zu entwickeln und aktuelle Informationen auszutauschen. Jeder, der mitwirken will, ist herzlich willkommen! Eine vorherige Anmeldung beim Geschäftsstraßenmanagement wäre schön – wegen der Platzkapazitäten. (Kontakt Geschäftsstraßenmanagement siehe Rückseite) Seit August ist die TIM übrigens auch auf Facebook aktiv: www.facebook.com/Tim.Turmstrasseninitiativemoabit

Laden-Leerstandserfassung im Gebiet Turmstraße

Das Geschäftsstraßenmanagement (GSM) Turmstraße (die raumplaner) arbeitet an einer Erfassung leerstehender Gewerberäume und Ladengeschäfte im Gebiet, um Kontakt zu den entsprechenden Eigentümern bzw. Hausverwaltungen aufnehmen zu können und im Idealfall neue Nutzungen zu vermitteln. Das GSM bittet daher um Mithilfe hinsichtlich der Erfassung aktueller Leerstände im Kiez. Bitte informieren Sie das Büro über bestehende Leerstände in Ihrer Umgebung bzw. Ihrer Immobilie und geben Sie, falls bekannt, mögliche Kontaktdaten weiter. Kontakt: siehe Rückseite.

Leser-Ecke

Betr.: »E-mobil nur mit Carport? – In Berlin fehlen schnelle Lade-stationen für Elektrofahrzeuge«, in »ecke turmstraße« Nr. 6/2017, S. 6

Zurück zur autogerechten Stadt – ist das erstrebenswert in Moabit? Mit einem vehementen Plädoyer für mehr Infrastruktur und Möblie-rung des öffentlichen Raums zugunsten von diesmal Elektroautos sabotiert die »Ecke« nicht nur Ziele des Aktiven Zentrums Turmstra-ße hinsichtlich besserer Bedingungen für Fuß- und Radverkehr. Sie konterkariert auch jene Ziele des gesamtstädtischen Entwicklungs-plans Verkehr, die den weitgehenden Ersatz des motorisierten Indivi-dualverkehrs durch Verkehrsmittel des Umweltverbundes (ÖPNV + Fuß + Rad) anstreben. Nicht genug, die »Ecke« leidet geradezu mit E-Automobilisten, die nicht überall schnell Strom tanken können – als wäre das ein Grundrecht. Analog zum Lockruf »freier E—Fahr-spaß für freie Bürger«. Tankstellen gehören wie bisher auf Privat-grundstücke.

Man traut seinen Augen kaum an jener Stelle des Artikels, die beim Parken mit Stromtanken am Straßenrand sogar für den Handel der Turmstraße – sprich Einkauf – zurückfällt in die Sicht der 1960er bis 80er Jahre. Damals kämpfte der Einzelhandel an vielen Stadtteil-Geschäftsstraßen der Republik für Stellplätze, weil er – gegen empi-rische Fakten – glaubte, der Umsatzerfolg hinge entscheidend von Parkplätzen vor der Ladentür ab. Diese autofixierte Denkweise der Vergangenheit bedient die »Ecke« mit der Subventionsidee für die e-Kfz-Infrastruktur aus der Städtebauförderung des Bundes: »Dabei könnten etwa in »Aktiven Stadt- und Ortsteilzentren« (wie Förder-gebiet Turmstraße, Anm. R.N.) Schnellladestationen eine positive Rolle für die Stärkung des lokalen Handels spielen – und die Elektro-mobilität zugleich auch für die Bewohner verdichteter Innenstadt-quartiere erschließen.« – bitte kauft alle ein Auto – oder? Nein: 50.000 Bewohner wohnen im dichten Moabit in Fußwegentfernung rund um die Turmstraße. Die meisten laufen tatsächlich oder radeln platzsparend!

400 Stellplätze im künftigen Schultheiss-Kaufzentrum mit vielen Zufahrts-Umfeldbelastungen, die das Ziel der Verbesserung von Um-weltverbund und Aufenthaltsqualität im Aktiven Zentrum Turmstra-ße boykottieren, sollten genug der Zumutungen sein. Nötig am Stra-ßenrand sind nicht PKW mit sperrigen Stromladestellen und Kabeln, sondern mehr Querungsangebote zu Fuß, gesicherte Lieferzonen und Radspuren, daneben Fahrradständer, viele Sitzbänke, Spielräu-me und Blumenbeete.

Reinhard Nake

Kältehilfe kann Leben retten

Anfang November ist zum 28. Mal die Kältehilfe in die Saison gestartet – gerade noch rechtzeitig, denn jetzt wird es auch empfindlich kalt in den Nächten. Auf die geschätzt 6000 bis 10.000 Menschen, die auf Berlins Straßen leben, kommen jedoch zu Beginn der Saison nur knapp 700 Übernachtungsplätze. Sie sollen bald auf 1000 aufgestockt werden. Ein Wärmebus soll für mobile Hilfe sorgen und bringt Bedürftige in Unterkünfte.

Den Wärmebus des DRK kann man ab 18 Uhr unter (0170) 910 00 42 erreichen. Ab 21 Uhr übernehmen dann die Busse der Stadtmission: (0178) 523 58 38. Wer gefährdete, hilflose Menschen sieht, kann man einem Anruf mitunter Leben retten.

Immer dringend benötigt werden auch Spenden an DRK und Stadt-mission. Sowohl Geld als auch Sachspenden – v.a. Hygieneartikel wie z.B. Einwegrasierer, warme Kleidung und Schuhe, Unterwäsche, Schlaf-säcke, Decken.

Das böse A-Wort

Für seinen Alarmruf zu unhaltbaren Zuständen im Tiergarten hat Mittes Bezirksbürgermeister viel Kritik geerntet – und einmal mehr gezeigt, dass man manchmal nur so Veränderungen auslöst

Sind es 3.000, 6.000, 10.000? Keiner kennt genau die Zahl der Obdachlosen in der Stadt. Man weiß also nicht, wie stark sie tatsächlich wächst. Sicher ist nur: Die Obdachlosigkeit in Berlin wird immer sichtbarer.

Auch vor einigen Jahren gab es schon Obdachlosencamps: auf der Cuvrybrache in Kreuzberg zum Beispiel oder an der Eisfabrik in der Köpenicker Straße. Auf der Cuvrybrache baut jetzt Zalando, auch das Grundstück an der Eisfabrik soll demnächst bebaut werden. Die Preise für Baugrund haben sich in den vergangenen Jahren verviel-facht und damit ist auch der Druck gestiegen, leer stehende Häuser und brachliegende Grundstücke möglichst frei von unerwünschten Nutzungen zu halten. So kommt es dazu, dass Obdachlose immer häufiger auf U-Bahnhöfen, in Grünflächen und Parks campieren. Vieles spricht dafür, dass die Obdachlosigkeit tatsächlich deutlich steigt. Die Wohnungsnot in der Stadt wird immer größer und somit die Gefahr, in Krisensituationen auf der Straße zu landen. Gleichzei-tig ist der verstärkte Zuzug Obdachloser aus dem östlichen Europa spürbar: Auch dort verschärft sich die soziale Lage, vor allem aber herrscht in einigen Staaten ein Klima zunehmender Intoleranz. Wer Flüchtlinge in erster Linie als Bedrohung empfindet, der entwickelt auch keinen solidarischen Umgang mit eigenen Landsleuten in exis-tentiellen Krisen. Ihnen wird Berlin zum Hoffnungsort, wo man sich auch ohne Deutschkenntnisse durchschlagen kann.

Das macht sich vor allem in Bezirk Mitte bemerkbar. Stephan von Dassel (Grüne) war hier acht Jahre lang Stadtrat für Soziales, bevor er vor einem Jahr sein Amt als Bezirksbürgermeister antrat, und kennt deshalb die Entwicklung gut. Er schlug Anfang Oktober Alarm: Der Tiergarten hatte sich über den Sommer immer mehr zum Pro-

blemort entwickelt, wo viele Obdachlose campierten und sich viele oft noch minderjährige junge Zuwanderer prostituierten. Zudem sei eine Gruppe von ca. 50 alkohol- und drogenabhängigen Obdachlosen aus dem östlichen Europa problematisch, Mitarbeiter des Ordnungs-amts und des Straßen- und Grünflächenamts würden bedroht und der Lage nicht mehr Herr. Die Zustände seien unhaltbar, Senat und Polizei müssten endlich tätig werden. In diesem Zusammenhang scheute er sogar das böse A-Wort nicht, A wie Abschiebung (wobei eine Abschiebung obdachloser EU-Bürger kaum möglich ist).

Von Dassel machte seine Äußerung in einer eskalierten Situation: Im Tiergarten war kurz zuvor eine Frau ermordet worden, im Umfeld eines illegalen Obdachlosen-Zeltlagers, wo bis zur Räumung Ende Oktober 60 bis 80 Menschen hausten. Als mutmaßlicher Täter wur-de ein junger Russe verhaftet.

Für seinen Alarmruf, für die dann ausgelöste Räumung von Zelt-camps und vor allem für das A-Wort musste der Bezirksbürgermeister viel Dresche einstecken, auch aus der eigenen Partei. Andere Bezirke warfen ihm gar das »St. Florian-Prinzip« vor – weil ja nun Zeltcamps bei ihnen entstehen könnten. Fragt sich nur, wen St. Florian da ei-gentlich verschonen soll.

Von Dassel hat jedenfalls eines erreicht: In der Stadt gibt es eine brei-te öffentliche Debatte, wie sie mit der wachsenden Obdachlosigkeit – auch der aus Osteuropa – umzugehen gedenkt. Deutlich wird, dass es endlich ein Gesamtkonzept braucht. Denn selbst die versproche-nen tausend Plätze für die Berliner Kältehilfe werden in diesem Winter nicht ausreichen, und die Bezirke sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, sie aufzustocken. Wenn jetzt endlich leerstehende Räumlichkeiten vorübergehend der Kältehilfe zur Verfügung gestellt würden, hätte sich der Alarm des Bezirksbürgermeisters schon ge-lohnt. Immerhin beweist er – wie auch schon mit den Ferienwohnun-gen – dass man manchmal unpopulär auf die Pauke hauen muss, da-mit überhaupt mal etwas in Bewegung gerät und nach Lösungen ge-sucht wird.

cs/us

Bildecke



Verwaltung am Limit

Warum das öffentliche Bauen deutlich teurer wird

Eine Kita in einem Sanierungsgebiet soll erweitert werden, weil der Bedarf für die Kleinkinder-Betreuung überall in der Stadt in den letzten Jahren enorm steigt. Die Planungen und die Finanzierung stehen, die ersten Ausschreibungen sind durchgeführt. Doch dann stellt sich heraus, dass der bisherige Kostenrahmen bei weitem nicht ausreicht: Rund ein Drittel der ursprünglich veranschlagten Summe muss zusätzlich nachgeschossen werden.

Das ist beileibe kein Einzelfall: Denn die Preise im Bau steigen in Berlin deutlich schneller als beispielsweise die allgemeinen Lebenshaltungskosten – um rund drei bis vier Prozent pro Jahr, seit dem Jahr 2010 zusammengenommen um fast 20%, wie der aktuelle Baupreisindex des Statistischen Landesamtes ausweist. Der Kosten-sprung von einem Drittel erklärt sich dadurch aber nur zur Hälfte. Die öffentliche Hand als Auftraggeber für die Bauwirtschaft hat zudem auch an Attraktivität verloren. Als noch vor wenigen Jahren die Baubranche in der Krise steckte, galten öffentliche Aufträge zumindest als »sichere Bank«: Der Staat kann nicht pleite gehen, irgendwann bekommt man sein Geld. Heute ist die Krise vorbei, die Auftragsbücher der Baubetriebe sind wieder gut gefüllt. Die Zahlungsmoral hat sich insgesamt verbessert. Die Nachteile des Staates als Auftraggeber schlagen jetzt wieder stärker durch.

»Ein Bauunternehmer will bauen und nicht ständig in irgendwelchen Runden sitzen«, erklärt Christoph Bock, Referent der »Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg«, dem Verband der kleinen und mittelständischen Bauunternehmen. »Wenn bei öffentlichen Aufträgen Probleme auftreten, dauert es oft sehr lange, bis Entscheidungen getroffen werden. Das liegt an den schwerfälligen Strukturen der öffentlichen Verwaltung.« Verzögerungen und Streitigkeiten zögen sich deshalb mehr in die Länge als bei privatwirtschaftlichen Auftraggebern, was die Bauunternehmer in ihre Preisgestaltung natürlich einkalkulierten. Das öffentliche Vergaberecht stelle auch umfangreiche zusätzliche Anforderungen an Unternehmen, was sich auch auf den Preis auswirke.

Kurze Fristen – teure Preise

Die öffentliche Hand lässt den Unternehmen bei ihren Ausschreibungen zudem meist nur kurze Fristen bis zur Bauausführung und berücksichtigt dabei nicht, dass Bauunternehmen eine längerfristige Planungssicherheit durchaus auch honorieren. »Im Straßenbau oder bei der Schulsanierung zum Beispiel sollen die Arbeiten ja oft während der Schulferien stattfinden und sind schon längere Zeit geplant. Aber meist gehen die Ausschreibungen für diese Arbeiten trotzdem erst kurz vor den Ferien raus«, berichtet Christoph Bock. Nach der Grundregel von Angebot und Nachfrage werden solche kurzfristigen Aufträge natürlich teurer, wenn die Kapazitäten der Bauwirtschaft ausgelastet sind. Als in der Krise dagegen Kapazitäten brachlagen, unterboten sich die Unternehmen dagegen kurzfristig oft gegenseitig. Das hat zwar oft zu nachträglichen Zusatzkosten geführt – etwa, weil ein Unternehmen mitten in der Bauphase in die Pleite ging. Aber es hielt die Preise in den Angeboten insgesamt eher niedrig.



Ch. Eckelt

Bei einer Befragung seiner Mitgliedsunternehmen ermittelte der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) kürzlich, dass »mangelnde Baukapazität« derzeit das größte Hemmnis für den Neubau von Wohnungen sei – noch vor dem Mangel an Bauland und den immensen Preissteigerungen für Baugrund. Christoph Bock von der Fachgemeinschaft Bau sieht das natürlich etwas anders und betont die Leistungsfähigkeit der Branche: »Wir können ausreichend Kapazitäten mobilisieren.« Zwar gebe es auch im Bau einen großen Fachkräftebedarf, »aber bei uns ist dies noch nicht das limitierende Element.«

Das »limitierende Element«

Dieses Limit hat die öffentliche Verwaltung offenbar erreicht. »In Berlin gibt es rund 60 Vergabestellen, die nach dem öffentlichen Vergaberecht vorgehen müssen. Überall hört man dieselbe Klage: Man habe nicht genug Leute.« In der Tat reißen Pensionierungen oft Lücken, die nicht so schnell wieder gefüllt werden können. Auch nicht durch Berufsanfänger, die eben nicht die benötigte langjährige Berufserfahrung mitbringen. Durch die vielen Einstellungsstopps der letzten Jahrzehnte ist die mittlere Generation, die die Erfahrungen weitertragen müsste, in der Berliner Verwaltung extrem ausgedünnt. Dennoch steigen die Anforderungen: Die wachsende Stadt fordert immer mehr öffentliche Investitionen, für Kitas und Schulen, Straßen und Brücken, Schienen- und Radwege oder Sozialeinrichtungen und Verwaltungsgebäude. Die Vorbereitung öffentlicher Bauprojekte erfordert aber in der öffentlichen Verwaltung Personal mit Fachkompetenz. Berlin als Bauherr ist dabei am Limit angekommen – und das wird jetzt teuer.

cs

Der Müll, die Ratten, die Stadt

»Harnröhre« – so nennen inzwischen manche Anwohner ironisch den Durchgang, der in der Moabiter Turmstraße 83 zum Ottopark führt, direkt neben einem Fastfood-Restaurant. Im Durchgang stinkt es durchdringend nach Urin. Der Abstellplatz für Müllcontainer ist nicht verschlossen. Doch selbst wenn er es wäre, würden die Ratten trotzdem kommen. Auf dem Parkdeck eine Etage darüber – einst gedacht für Kunden und Mitarbeiter einer Bankfiliale, die es längst nicht mehr gibt – wird kaum noch geparkt, dafür aber von Gewerbetreibenden fragwürdiger Müll abgestellt. Kurz: Es ist eine unappetitliche Situation, die von vielen verursacht wird.

Es ist beileibe nicht der einzige Ort in der Stadt, der Unbehagen verursacht. Wenn zum Beispiel in der Moabiter Zwinglistraße immer mehr Sperrmüll wild abgestellt wird, so dass das Ordnungsamt in seiner Hilflosgigkeit schon Suchzettel an Bäume klebt, um die Missetäter zu finden; wenn ständig Spielplätze über Wochen gesperrt werden müssen wegen Rattenbekämpfung; wenn immer mehr illegale Altkleidercontainer in die Straßen gestellt werden, dann wächst der Unmut der Berliner – die allerdings oft selbst Mitverursacher sind.

Ratten

Ein echtes Problem ist dabei der stetig wachsende Rattenbefall – nicht nur für die Spielplätze. Die Tiere übertragen mehr als 70 gefährliche Krankheiten, werden aber selbst immer resistenter. Und je mehr die Fastfood-Kultur um sich greift (auch bedingt durch den enorm wachsenden Tourismus), je mehr Imbissreste in Parks, auf der Straße oder in offenen Abfallbehältern landen, desto größer wird die Plage – gerade in jenen Vierteln, wo Restaurants und Imbisse ganze Straßenzüge dominieren (samt den dazugehörigen Mülltonnen), aber auch in öffentlichen Grünflächen. Zum anderen ist auch falsch verstandene Tierliebe kontraproduktiv: Über großzügig gestreutes Futter für Tauben und andere Stadtvögel etwa freuen sich vor allem Ratten. Die Schädlingsbekämpfer müssen täglich ausrücken, beklagen aber, dass die Arbeit immer schwieriger wird. Ein Grund ist eine EU-Verordnung, die eigentlich gut gemeint war: Sie sollte verhindern, dass zu viel Gift in die Umwelt gelangt und Menschen und andere Tiere gefährdet. Nun sind Fertig-Köder vorgeschrieben, die aber für die Ratten längst nicht so attraktiv sind wie die Essensreste, die ganz offen auf den Straßen herumliegen. Und: Rattenköderfallen müssen jetzt abgeschirmt werden, etwa durch Bauzäune. Das wird teuer für die Stadt, ebenso wie Straßenschäden, die durch Rattenlöcher verursacht werden.



Ch. Eckelt

Dabei würde schon Achtsamkeit hilfreich sein: Weniger weggeworfene Essensreste entziehen den Ratten die Nahrung – und Vögel finden ihr Futter selbst. Hilfreich wären zudem gut verschließbare Müllbehälter insbesondere in der Gastronomie.

Sperrmüll ...

... gehört einfach nicht auf die Straße – und schon gar nicht gefährlicher Sondermüll wie Kühlschränke, alte Fernseher oder undefinierbare Farbbehälter! Manchmal sind es Privatpersonen, die es sich ganz einfach machen nach dem angeblich gutmeinenden Motto »Vielleicht kann es ja noch jemand brauchen« und dann noch die Chuzpe haben, »Zu verschenken«-Zettelchen an den Müll zu kleben, als zivilisatorisches Feigenblättchen. Manchmal sind diese Müllberge auch jenen »ganz preiswerten« privaten Entsorgungsunternehmen zu verdanken, die sich den Weg zum nächsten Entsorgungshof einfach mal gespart haben und damit Profit machen. Dabei gibt es eine einfache Alternative: die BSR selbst, die für wenig Geld Müll aller Art auch aus Privathaushalten abholt, wenn man mit ihnen einen Termin vereinbart. Noch günstiger wird es, wenn man jemanden aus der Nachbarschaft oder dem Freundeskreis bittet, das Zeug direkt zu einem der vielen BSR-Höfe zu fahren.

Altkleidercontainer

Auch sie sind eine wachsende Plage: Altkleidercontainer auf Straßen, Grünanlagen, vor öffentlichen Gebäuden. Die wenigsten davon sind jedoch legal wie etwa die der Caritas, dem DRK oder anderen seriösen Organisationen. Die meisten Container sind illegal aufgestellt und dienen keineswegs karitativen Zwecken: Vielmehr verdienen mafiöse Netzwerke viel Geld damit. Das Ordnungsamt allein kann das Problem nicht mehr bewältigen. Doch es gibt Abhilfemöglichkeiten: So hat die BSR bislang mit drei Bezirken – Pankow, Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg – Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Das bezirkliche Ordnungsamt meldet dabei Altkleidertonnen, die illegal auf öffentlichem Straßenland abgestellt wurden, der BSR. Die holt sie dann ab, anschließend werden sie auf dem Betriebshof gelagert und der Eigentümer aufgefordert, sie gegen eine Gebühr wieder auszulösen. Erfolgt das nicht fristgemäß, wandern die Container in die Schrottpresse. Den Bezirken entstehen dabei keine Kosten. Auch in Mitte hatte sich das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) »interessiert« an einer Kooperationsvereinbarung mit der BSR gezeigt – allerdings ist das auch schon wieder ein Jahr her. Doch auch hier gilt: Die illegalen Container-Aufsteller profitieren ja vor allem davon, dass Anwohner auf der Suche nach schneller Entsorgung einfach am nächstgelegenen Ort Altkleider einwerfen. Wer dagegen darauf achtet, ob der Container tatsächlich das DRK- oder Caritas-Siegel hat, trägt wenigstens nicht zu den illegalen Geschäften bei. Noch hilfreicher ist es allerdings, gut erhaltene gebrauchte Kleidung direkt zu den Bedürftigen zu bringen: in die Kleiderkammern der Berliner Einrichtungen und Initiativen für sozial Bedürftige, für Obdachlosen- und Flüchtlingshilfe beispielsweise. Dann weiß man auch, wo die Hilfe genau ankommt. Und gerade jetzt vor dem Winter ist sie wichtig.

Gegen das Wildpinkeln in der Moabiter »Harnröhre« hat die Polizei übrigens einen buchstäblich einleuchtenden Vorschlag: Licht! Wer plötzlich blank sichtbar im Hellen steht, verzieht sich dann doch lieber.

us

Xavier hinterläßt Narben

*In Mitte fielen dem Sturmtief
mehr als tausend Bäume zum
Opfer*



Es war noch nicht mal ein Orkan, sondern bloß ein »schwerer Sturm mit Orkanböen«, der am 5. Oktober über Berlin hinwegfegte. Das »Sturmtief Xavier« hinterläßt dennoch deutliche Narben im Stadtbild, die nach dem Sturm oft erst nach und nach sichtbar wurden. Insgesamt 56.000 Bäume hat er laut der Umweltsenatorin Regine Günther vernichtet, davon 46.000 in den Berliner Wäldern und rund 10.000 an Straßen, in Parks und auf Friedhöfen. Hinzu kommen wohl auch noch Tausende auf Privatgrundstücken. In Brandenburg sollen nach Angaben des rbb sogar 2 Millionen Bäume betroffen sein.

Die größten Schäden verursachte Xavier demnach in einem Viereck zwischen Rathenow im Havelland und Alt-Ruppin im Ruppinen Land auf der nördlichen Seite Berlins sowie Bad Belzig im Fläming und Lübben am Spreewald auf der südlichen Seite. Berlin lag also im Zentrum der schlimmsten Zerstörungszone. Die größte im Flachland gemessene Windgeschwindigkeit erreichte der Sturm mit 137 km/h über dem Wannsee. In Brandenburg gab es fünf Todesopfer – darunter eine Radfahrerin, die eine Woche nach dem Sturm durch einen umkippenden Baum starb. In Berlin wurde die bekannte Journalistin Sylke Tempel während des Sturms von einem Baum erschlagen. Xavier erwischte die Stadt mitten im nachmittäglichen Berufsverkehr und erzeugte einen Verkehrskollaps, weil der S-Bahn- und der überirdische U-Bahnverkehr eingestellt werden musste und auch Busse und Straßenbahnen nicht mehr fahren konnten. Fernbahnverbindungen waren noch tagelang unterbrochen, weil die Gleise erst freigeräumt und die Oberleitungen repariert werden mussten.

Im Bezirk Mitte sind die Mitarbeiter des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) seit dem 5. Oktober im Dauereinsatz, unterstützt werden sie dabei von privaten Gartenbauunternehmen. Überall werden Schäden beseitigt, Kronen gekappt und Äste gehäckselt. Städtische Friedhöfe wie jene in der Seestraße und der Turiner Straße waren zeitweise komplett gesperrt, können inzwischen aber wieder betreten werden. Der Bezirk rät, in öffentlichen Parks nur die Hauptwege zu nutzen und nicht die Trampelpfade. Außerdem soll man darauf verzichten, über Kopfhörer Musik zu hören: »Es können immer noch angebrochene Baumkronen unvermittelt abbrechen. Die Parkbesucher sollten die waldartigen Bestände auf jeden Fall vermeiden«, warnt das Bezirksamt. Das gilt natürlich umso mehr für die Berliner und Brandenburger Wälder – Pilze sammeln ist dort seit dem 5. Oktober ein extrem gefährliches Freizeitvergnügen.

Besonders geschädigt sind nach Auskunft des SGA Mitte vor allem Laubbäume wie Silberahorn, Spitzahorn und Buche. Im Moabiter Kleinen Tiergarten zum Beispiel sind auch Bäume betroffen, die vor der Neugestaltung der Parkanlage von einem Baumgutachter eigentlich zum Fällen vorgesehen waren, nach Protesten von Baumschützern aber dennoch erhalten wurden, darunter vor allem Schnurbäume und mehrstämmige Silberahorne.

Nach den ersten Schätzungen des Amtes sind im Bezirk etwa 400 Parkbäume und 60 Straßenbäume im Sturm umgefallen. Weitere 600 seien so stark beschädigt, dass sie wahrscheinlich gefällt werden müssen, insgesamt verschwinden also vermutlich mehr als tausend Bäume aus dem Stadtbild des Bezirks. Erst Ende November rechnet das SGA mit einem kompletten Überblick. Wahrscheinlich werden sich die Aufräumarbeiten bis weit ins kommende Jahr hinstrecken. Die Berliner sollten sich auch darauf einstellen, dass in diesem Jahr das Laub in den Grünanlagen und Parks länger liegen bleibt als sonst üblich: Die Beseitigung der Gefahrenstellen hat für die Grünpfleger definitiv Vorrang.

Ungewöhnlich war am »Sturmtief Xavier« nicht seine Windstärke, sondern der frühe Zeitpunkt seines Auftretens Anfang Oktober. Über dem Nordatlantik brauen sich die stärksten Stürme normalerweise im Winter zusammen. Die Sturmsaison beginnt meist erst Ende, seltener auch schon Mitte Oktober, wenn die meisten Blätter der Laubbäume schon locker sitzen. Anfang Oktober jedoch standen sie noch voll im Saft und boten dem Sturm deshalb einen besonders starken Widerstand.

Auch wenn die Klimaforscher sich davor hüten, das Sturmtief ausschließlich auf die weltweite Klimaerwärmung zurückzuführen, scheint das Jahr 2017 doch insgesamt die Prognose der Wissenschaft zu erfüllen, nach der es allgemein zu einer Zunahme von Extremwetterlagen kommt. Nach den beiden Starkregen-Ereignissen im Sommer war das schon das dritte Wetterextrem in diesem Jahr, das die Stadt in einen Ausnahmezustand versetzte. Und nur wenige Wochen nach »Xavier« folgten Ende Oktober die Sturmtiefs »Grischa« und »Herwart« mit Sturmfluten an der Nordsee, bundesweiten Beeinträchtigungen des regionalen und Fernzugverkehrs, weiteren umgestürzten Bäumen und vielen innerstädtischen Verwüstungen. cs

Moabiter Bücherstadt



Viele, die an der Bruno-Lösche-Bibliothek in der Perleberger Straße vorbeigehen, bleiben spontan stehen und betrachten einen Schaukasten, der bis vor kurzem noch einen trostlos-verwahrlosten Anblick bot. Nun ist dort eine kunterbunte Miniatur-Stadt zu sehen, gebaut von Kindern, die öfter oder auch regelmäßig die Bruno-Lösche-Bibliothek besuchen. Die Häuser sind von der Bibliothek ausrangierte Bücher, die von den Kindern phantasievoll mit Fenstern, Türen und anderen Details dekoriert wurden. Das kleine Diorama wird ergänzt durch eine Skyline mit Fernsehturm und dem Moabiter Rathaus. »Da ging es vor allem um die Wiedererkennung – Kinder lieben das, aber auch die Großen«, sagt Nathalie Dimmer, die nicht nur die Stadtsilhouette gemalt hat, sondern auch die Idee zur »Bücherstadt« im Schaukasten entwickelte und mit den Kindern über Monate realisierte.

Seit einiger Zeit arbeitet Nathalie Dimmer – in Moabit auch bekannt durch die Initiative »Kino für Moabit« – in der Stadtteilbibliothek »Bruno Lösche« und kümmert sich hier um das Projekt »LeMo«. Das steht für »Lesen erleben in Moabit« und richtet sich an Kinder vom Kita-Alter an bis zum fortgeschrittenen Schulalter. Schon 2- bis 3-Jährige lieben es, wenn ihnen vorgelesen wird, lernen Bücher als Quelle unerschöpflicher Geschichten kennen – ganz neue Welten eröffnen sich da. Um in Zeiten fortschreitender Digitalisierung die kindliche Freude am Lesen zu stärken, hat die Bruno-Lösche-Bibliothek das »LeMo«-Projekt entwickelt. Nathalie Dimmer geht beispielsweise jede Woche mit einem kleinen Lese-Köffchen in Kitas, liest dort vor oder bringt Kita-Gruppen zur Bibliothek. Dort gibt es jeden Dienstag von 15 bis 17 Uhr ein offenes Lese- und Lernangebot für Kinder zwischen 3 und 10 Jahren, ein (Vor-)Lesezelt und auch etliche ehrenamtliche Helfer, die sich dort engagieren.

Mit »LeMo« soll eine kindgerechte und funktionale Kinderbibliothek entstehen, angepasst an die Anforderungen der digitalen Leseförderung. Die Programmarbeit mit Kitas, Schulen und außerschulischen Freizeiteinrichtungen wird intensiviert, die Bibliothek soll als außerschulischer Lern- und Bildungsort gestärkt werden. Das wird mit Fördermitteln aus dem Programm »Bibliothek im Stadtteil II« des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa unterstützt: für drei Jahre, von 2016 bis 2019 stehen insgesamt 90.000 Euro zur Verfügung. Das Bezirksamt Mitte von Berlin kofinanziert das Projekt mit weiteren 90.000 €.

Die Schaufenster-»Bücherstadt« allerdings ist auch eine persönliche Initiative von Nathalie Dimmer. Die hässlichen Schaukästen vor der Bibliothek forderten sie geradezu zur Neubelebung heraus. »Historische Dioramen fand ich schon immer großartig – sie laden einfach

zum Staunen ein. Mit der Bücherstadt wollte ich unbedingt ein wenig Zauber in die Bibliothek bringen. Kinder und ihre Eltern machten dabei auch die Erfahrung, dass sie aktiv teilhaben können an der Gestaltung, an der Verschönerung ihrer Umgebung.« Ca. 25 Kinder machten begeistert mit. Um den Schaukasten herzurichten, beantragte Nathalie Dimmer bei der »Stadtteilkasse« 240 Euro für Farbe und Material, zusammen mit Nachbarn und Freunden wurde der Kastenrahmen geschliffen und neu gestrichen. »Das fällt natürlich auf, vor allem – weil der zweite Kasten immer noch so verwahrlost aussieht«, sagt sie. Er soll dann im kommenden Frühjahr reaktiviert werden. Mit Kindern und Nachbarn. us

*Bruno-Lösche-Bibliothek, Perleberger Straße 33,
Öffnungszeiten Mo–Fr 10–19.30 Uhr, Sa 10–14 Uhr
Kostenfreie Angebote für Kinder
Mo, 16–17 Uhr: Vorlesen mit Lesewelt Berlin e.V.
Di, 15–17 Uhr: offenes Lern- und Leseangebot in LeMo's Bücherklub
Mi + Do, 15–18 Uhr: Hausaufgabenhilfe*

Kreativmarkt ArTminius

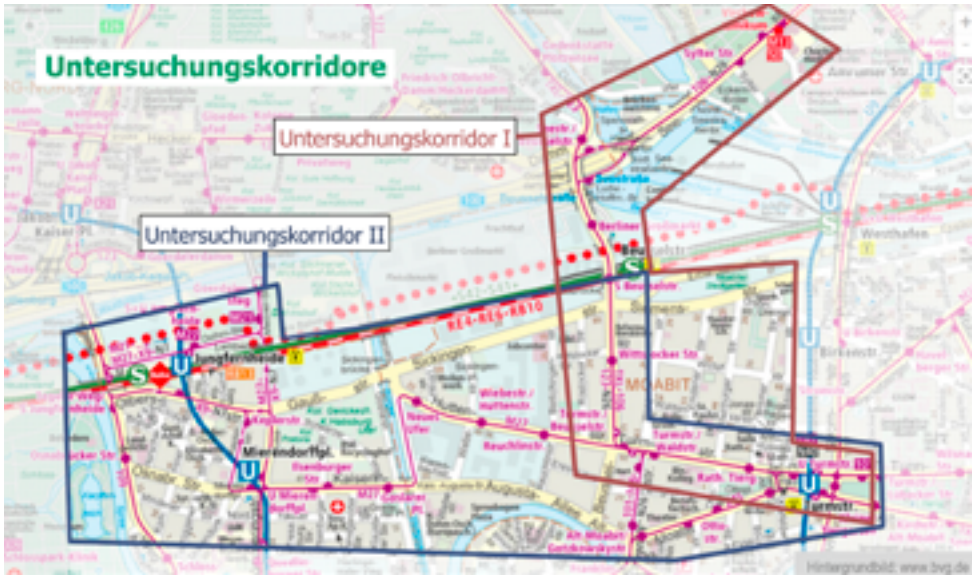
Weihnachten rückt unerbittlich näher, und davor steht auch noch die Wichtelzeit. Wer kleine, feine, originelle, handgemachte Geschenke für seine Lieben sucht, wird beim Kreativmarkt ArTminius meist fündig. Im Mittelgang der traditionsreichen Arminius-Markthalle (hinter dem Rathaus Tiergarten) präsentieren lokale Designer, Handwerker und Künstler ihre Arbeiten. Neben Kunst, Handwerk- und Designprodukten bietet der Markt auch handgemachten Schmuck und Accessoires, Papierwaren, Handytaschen, Geschenkartikel. Die nächsten Termine sind die Samstage 11. November sowie 2. und 16. Dezember, jeweils von 10 bis 17 Uhr.

Moabiter Kiezkarte als Faltplan

Die Kiezkarte »Die Moabiter Insel rund um die Turmstraße« ist in aktualisierter Neuauflage erschienen – diesmal praktisch im Pocketformat gefaltet. Die von der Künstlerin Sara Contini-Frank schön gestaltete Karte verzeichnet 56 interessante Orte und Adressen (von besonderen Einkaufsmöglichkeiten über nette Cafés und Restaurants, Hotels, Dienstleistungen bis hin zu Kultur- und Freizeittipps) und markante Moabiter Zeichen. Die Kiezkarte ist als Faltblatt in vielen Moabiter Geschäften sowie im Stadteilladen Krefelder Straße 1a kostenlos erhältlich und wird 2018 erneut aktualisiert.

Wo fährt sie denn weiter, die Straßenbahn?

Informationsveranstaltung zur langfristigen Straßenbahnplanung über die Turmstraße hinaus



Die Reformationskirche war überaus gut besucht, als die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Mitte Oktober auf einer öffentlichen Bürgerveranstaltung zu Straßenbahnplänen informierte. Thema war der Zwischenstand der 2017 gestarteten Voruntersuchungen zu Erweiterungsmöglichkeiten des Straßenbahnnetzes vom Hauptbahnhof über den U-Bahnhof Turmstraße hinaus. Planungshintergrund sind die Festsetzungen im aktuellen Stadtentwicklungsplan Verkehr (StEP Verkehr) und im Koalitionsvertrag der Landesregierung. Diese sehen Straßenbahnnetzerweiterungen von U-Turmstraße bis zur bereits existierenden Straßenbahnstrecke der M13 zum Virchow-Klinikum und nach Charlottenburg zum Mierendorffplatz bzw. zum Bahnhof Jungfernheide vor. Nach einer Kosten-Nutzen Analyse für eine Vorzugsvariante gibt die Verwaltung eine Empfehlung an den Senat, der dann über die Konkretisierung entscheidet.

Dafür wurden zwei »Untersuchungskorridore« festgelegt, die auf ihre Vor- und Nachteile untersucht werden. Denkbare Alternativen zur Straßenbahn wären ein verbessertes Bus- oder E-Bus-Angebot bzw. die Verlängerung der U5. Im Ergebnis ist die Straßenbahn das am besten geeignete Verkehrsmittel in den festgelegten beiden Untersuchungskorridoren. Mit der Beförderungskapazität von Bussen ist die Nachfrage nicht zu bedienen, viele Busse (z.B. M27, TXL) fahren schon in einem sehr dichten Takt. Für die Kapazität einer Straßenbahn bräuchte man drei Busse, was die Betriebskosten deutlich erhöht. Eine U-Bahn-Verlängerung wäre andererseits weitaus teurer und die Realisierung würde viel länger dauern als eine Straßenbahnlösung. Zur Bewertung der » Trassenvarianten« in der Untersuchung werden Kriterien aus Perspektiven von Fahrgästen, der BVG, des Landes Berlin und der Bevölkerung herangezogen.

Für den »Untersuchungskorridor I« einer Straßenbahnnetzerweiterung zum Virchow-Klinikum wurden Streckenführungen über die Beusselstraße, Berlichingenstraße und Sickingenstraße oder durch eine der Wohnstraßen östlich der Beusselstraße und Siemensstraße betrachtet. Die Untersuchungen für diesen Korridor ergeben vorläufig eine Trassenführung über die Beusselstraße als Vorzugsvariante. Für den »Untersuchungskorridor II« zum S-/U-Jungfernheide werden zwei Varianten untersucht: Die erste betrachtet Trassenvarianten, die über die Sickingenbrücke zum S-/U-Bahnhof Jungfernheide führen. Kritischer Punkt wäre dabei die Sickingenbrücke, die voraus-

sichtlich neu gebaut werden müsste. Eine in beiden Varianten enthaltene Trassenführung durch die Huttenstraße ist wegen der Turbinen-Schwerlasttransporte von Siemens in der Wiebestraße bis zum Charlottenburger Verbindungskanal problematisch – sie würden mit der Oberleitung der Straßenbahn kollidieren.

Variante 2 betrachtet Trassenführungen über die Kaiserin-Augusta-Brücke und den S/U-Bahnhof Mierendorffplatz zum Bahnhof Jungfernheide. Die vorläufige Vorzugsvariante über Huttenstraße/Wiebestraße zur Kaiserin-Augusta-Allee und weiter nach Jungfernheide benötigt lediglich im Abbiegebereich der Kreuzung Hutten-/Wiebestraße eine technische Lösung zum Herausbewegen der Oberleitung aus dem Höhenprofil für die Gasturbinen-Schwertransporte.

Nach der Präsentation gab es ca. zwei Stunden lang eine intensive Diskussion: Bürger fragten nach, gaben Anregungen und äußerten ihre Meinungen. Deutlich wurde der Wunsch an die Politik, das Straßenbahnnetz weiter zu denken als nach aktuellem StEP und Koalitionsvertrag – z.B. nach Tegel, Spandau, Reinickendorf. Die Untersuchungen haben dies schon berücksichtigt. Konkrete Daten zu verschiedenen Bewertungskriterien sollen öffentlich bekannt gemacht werden, z.B. Verkehrserhebungszahlen, die Bilanz von Bäumen oder PKW-Stellplätzen. Fragestellungen zu einem eigenem Straßenbahnkörper (möglich als Rasengleis oder aber auch befahrbar für Busse oder Rettungsfahrzeuge) bzw. straßenbündige Trassen sollen ebenso wie Rad- und Fußverkehr und stadträumliche Qualitäten vertieft untersucht und zur Diskussion gestellt werden. Bei der Planung ist auf fahrgastfreundliche Umsteigemöglichkeiten zu achten. Denkbar wäre auch, so die Vertreter der Senatsverkehrsverwaltung, die Realisierung beider Straßenbahnerweiterungen.

Jürgen Schwenzel

Die Auswertung der Dialogveranstaltung und der bis Mitte November erfolgten Onlinebeteiligung werden von der Senatsverwaltung unter www.berlin.de/sen/uvk veröffentlicht, dort ist die Präsentation zur Veranstaltung verlinkt. Die Untersuchungen werden bis Ende 2017 abgeschlossen.

Kommentar

Widersprüche im Tram-Konzept

Über zwanzig Jahre lag die Straßenbahnplanung für Moabit auf Eis – dann ging plötzlich alles ganz schnell. Die Verlängerung der Tramstrecke vom Hauptbahnhof bis zur Turmstraße rückte 2014 in der Prioritätenliste der Senatsverkehrsverwaltung überraschend nach ganz vorn – was auch zur Folge hatte, dass sämtliche anderen Verkehrskonzepte für das »Aktive Zentrum Turmstraße« erstmal eingefroren werden mussten, bis sich die Straßenbahnplaner auf eine Trassenführung festgelegt hatten.

Das ist nun geschehen, die Straßenbahn M10 wird über den Hauptbahnhof hinaus zum U-Bahnhof Turmstraße verlängert. Sie wird über die Rathenower Straße in die Turmstraße geführt und soll vorläufig am Rathaus Moabit enden. Das Planfeststellungsverfahren steht unmittelbar bevor – dazu wird es am 15. November in der Heilandskirche eine öffentliche Informationsveranstaltung geben. Problematisch war bislang allerdings die Endhaltestelle: Die Planer hatten sich nach langen Prüfverfahren für eine Variante entschieden, wonach auf der Strecke Zweirichtungsfahrzeuge eingesetzt werden. Sie fahren auf zwei Gleisen in der Mitte der Turmstraße, die Haltestellen sind dabei ebenfalls in der Straßenmitte angeordnet. Vor dem Rathaus Tiergarten sollen beide Richtungsgleise dann in ein Einzelstandgleis münden, wo die Fahrer die Kabine wechseln und die ReTourstrecke antreten.

Bisherige Planungen in Frage gestellt

Für die Turmstraße ist so ein »Tram-Parkplatz« direkt an einem wichtigen Knotenpunkt jedoch keine optimale Lösung – weshalb die Verkehrsplaner darauf setzten, die Trasse in einem nächsten Schritt möglichst zügig weiter Richtung Westen zu verlängern, um Anschluss entweder an die bestehende M13-Straßenbahnlinie in der Weddinger Seestraße oder an den S/U-Bahnhof Jungfernheide zu erhalten, oder auch beides (siehe Seite 10).



Doch genau diese eigentlich gut gemeinte Verlängerung droht nun – zumindest in den ersten Entwurfsvarianten der Senatsverkehrsverwaltung und der BVG – entlang der Turmstraße erhebliche Probleme zu bereiten. Denn nun wird es aus mehreren Gründen fragwürdig. Bei einer Verlängerung der M13 vom Weddinger Virchow-Klinikum über die Beusselstraße Richtung Turmstraße nämlich würden nach dem heutigen Stand Einrichtungsfahrzeuge eingesetzt. Die Trasse über die Beusselstraße müsste wegen der Straßenquerschnitte mit dem Autoverkehr geteilt werden. In der Beusselstraße gibt es zudem kaum Möglichkeiten, Haltestellen einzurichten. Im westlichen Abschnitt der Turmstraße würden die Haltestellenbereiche dann nicht wie in der östlichen Turmstraße im Mittelstreifen, sondern beidseitig am Straßenrand angeordnet. Die Sanierungsbeteiligten im »Aktiven Zentrum Turmstraße« sind darüber wenig amüsiert: Schließlich werden derzeit endlich die sogenannten »Seitenbereiche« der Turmstraße, also die Gehwege, mit öffentlichen Mitteln aus dem Bundesländer-Förderprogramm hergerichtet, samt Gehwegvorstreckungen und Querungshilfen. Und weitere Ausschreibungen zur Realisierung des Verkehrskonzepts laufen bereits. Eine M13-Verlängerung, wie sie u.a. überlegt wird, würde alle bereits realisierten und noch geplanten Maßnahmen für die Turmstraße in Frage stellen. Die gerade erst neu gebauten Seitenbereiche müssten wieder aufgerissen und für Haltestellen umgebaut werden. Dabei ist auch noch völlig unklar, wie und wo Fußgänger dann die Turmstraße überqueren können. »Die jetzige Variante mit der M13 über die Beussel- und Turmstraße konterkariert sämtliche Planungen und das bereits Realisierte im AZ-Gebiet Turmstraße«, konstatieren die Sanierungsbeteiligten des Bezirks, der zuständigen Senatsverwaltung sowie des Gebietsbetreuers KoSP.

Problem Endhaltestelle

Der absolute Clou aber ist die Frage nach dem Tram-Anschluss in der Turmstraße – dort, wo die M13 aus westlicher Richtung und die M10 aus östlicher Richtung eintreffen würden. Denn die M13 müsste, weil auf dieser Linie bislang nur Einrichtungsfahrzeuge eingesetzt werden, ja irgendwo eine Wendeschleife bekommen. Aber wo und wie, bitte, soll die M13 dann enden? »In der östlichen Turmstraße«, ist die vorläufige, vage Antwort der Straßenbahnplaner – und das wäre die denkbar schlechteste Lösung. Denn genau dieses Problem wollte man doch eigentlich elegant mit der Streckenverlängerung über die Turmstraße hinaus Richtung Westen lösen, weil es eben keine Möglichkeiten für Wendeschleifen in der östlichen Turmstraße gibt. Eine Möglichkeit wäre natürlich, die M13 mit der M10 so zu synchronisieren, dass beide Linien mit Zweirichtungswagen auf einer einheitlich gestalteten, durchgehenden Trasse fahren können. Aber das wird maßgeblich von der BVG und den Verkehrsplanern des Senats abhängen. Noch besteht Hoffnung, weil die Verlängerungspläne erst im Anfangsstadium sind. Hilfreich wäre es, wenn die Planungen auf den unterschiedlichen Ebenen – BVG, Senatsverkehrsverwaltung, Bezirk, Fördergebiet – von vornherein miteinander abgestimmt würden.

Öffentliche Informationsveranstaltung zur Straßenbahnplanung vom Hauptbahnhof bis zum U-Bahnhof Turmstraße: Mittwoch, 15. November, 19 Uhr, Heilandskirche (Thusnelda-Allee)

Visualisierung: Ingenieurbüro Dipl.-Ing. H. Vössing GmbH



Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de
und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,
Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung,
Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 – 12 Uhr,
donnerstags, 15 – 18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet
Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 9018-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 9018-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
und Projektmanagement – KoSP GmbH
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Uwe Lotan (030) 33 00 28 41
lotan@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr im Stadteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Georg Thieme, Johanna Oestereich,
Sabine Slapa
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr im Stadtteil-
laden, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Stadtteilvertretung
Stadteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23938828
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für Mieter in den Milieuschutzgebieten
Waldstraße und Birkenstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr
im Stadteilladen, Krefelder Straße 1a,
Mieterberatung Prenzlauer Berg
Prenzlauer Allee 186, 10405 Berlin
(030) 44 33 81-11 oder -29
team-moabit@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de